

Musterantrag Energiearmut durch Härtefallfonds bekämpfen:

In den Haushalt 2023/einen Nachtragshaushalt 2022 werden zusätzlich 250.000 € für einen Rettungsschirm zur Vermeidung von Energie-, Gas- und Wassersperren eingestellt und geordnet.

Der Sozialausschuss wird beauftragt, kurzfristig ein Antrags- und Entscheidungsverfahren zu entwickeln, umzusetzen und zu evaluieren. Er berichtet dem Hauptausschuss vierteljährlich über das Antrags- und Auszahlungsvolumen.

Außerdem wird ein Runder Tisch gegen Energiearmut und zur Verhinderung von Strom-, Gas- und Wassersperren bis spätestens Oktober 2022 durch die Verwaltung initiiert. Dies soll in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken, der Verwaltung und Politik sowie der im Bereich Wohnungsnot und Armutsbekämpfung arbeitenden, zivilrechtlichen Organisationen erfolgen.

Begründung:

DIE LINKE hat sich in Bremen zusammen mit SPD und GRÜNEN für einen solchen Härtefallfonds eingesetzt. Zusammen haben die Parteien, dort erkannt, dass eine gesicherte Versorgung mit Energie und Wasser zu den elementaren Grundbedürfnissen des Menschen zählt.

Laut einer Studie der R+V Versicherung hatten schon am 21.10.2021 50 % der Menschen in Deutschland, Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten und auch das war vor der horrend galoppierenden Inflation und dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Angesichts der steigenden Energiepreise ist die Stadtverwaltung in der Pflicht, die Menschen in unserer Stadt vor Energiearmut zu schützen.

Muster-PRESSEMITTEILUNG:

Menschen, die wegen Zahlungsrückständen mit einer Strom-, Gas oder Wassersperre rechnen müssen, sollen Hilfe aus einem neu eingerichteten Härtefallfonds der Stadt erhalten, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Diesen Antrag hat DIE LINKE-Fraktion heute eingebracht.

"DIE LINKE hat sich schon erfolgreich in Bremen, dort zusammen mit SPD und GRÜNEN, für einen solchen Härtefallfonds eingesetzt. Zusammen haben die Parteien, dort erkannt, dass eine gesicherte Versorgung mit Energie und Wasser zu den elementaren Grundbedürfnissen des Menschen zählt. Und das war vor der Inflation und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Die *Bürgerschaft* muss geschlossen ein Zeichen setzen und den Menschen die Sicherheit geben, dass NIEMAND aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten, wenn alle Stricke reißen und bestehende Hilfesysteme nicht greifen, ohne Energie, Wasser oder Gas da stehen muss.

Es ist sozial zutiefst ungerecht, dass die Gewinne der Energiekonzerne durch die Gasumlage gesichert werden und Menschen ohne Energiezugang leben müssen. Unsere Kommune muss alles tun, damit alle Haushalte in ... ohne Energiesperren durch den kommenden Winter kommen.